**Deutscher Bundestag** **Drucksache 15/353**

**15. Wahlperiode** 28. 01. 2003

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, Hermann Gröhe, Rudolf Kraus, Klaus Brähmig, Dr. Ralf Brauksiepe, Rainer Eppelmann, Hartwig Fischer (Göttingen), Norbert Geis, Siegfried Helias, Dr. Egon Jüttner, Jürgen Klimke, Conny Mayer (Baiersbronn), Sibylle Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU**

## Gegen Terror, Völkermord und Hungerkatastrophe in Simbabwe, um Destabilisierung des südlichen Afrikas zu vermeiden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Präsident Robert Mugabe hat Simbabwe, die ehemalige Perle Afrikas, mit Diktatur, Willkür, Korruption und seiner als „Landreform" titulierten Massenenteignung von Farmen in ein wirtschaftliches und humanitäres Desaster gestürzt. Bis zu einer Million Menschen, vor allem schwarze Farmarbeiter mit ihren Familien, befinden sich vor dem Terror von Mugabes „Kriegsveteranen" auf der Flucht. Bis zu 4 000 der insgesamt 4 500 kommerziellen Farmen sind unter Begleiterscheinungen wie Folter, Vandalismus und sogar Mord zwangsgeräumt. Der größte Teil des verlassenen Ackerlandes liegt brach. Die Ernte wurde oftmals gezielt vernichtet. Simbabwe, das bis vor kurzem noch Nahrungsmittelexporteur war, benötigt nun monatlich zwischen 100 000 und 150 000 Tonnen Mais für die Ernährung der Bevölkerung. Regierung und Hilfsorganisationen können aber höchstens ein Drittel davon bereitstellen. Damit stehen bis zu 9 Millionen Menschen in Simbabwe vor dem Hungertod. Es gibt beängstigende Indizien dafür, dass Präsident Robert Mugabe diese bevorstehende Katastrophe skrupellos zum Machterhalt ausnutzt. Denn nach Zeugenaussagen benachteiligt die Regierung bei der Lebensmittelverteilung nicht nur gezielt die Regionen, die bei den kürzlichen Wahlen mehrheitlich für die Opposition gestimmt haben. Darüber hinaus erhalten verbreitet nur diejenigen Nahrungsmittel, die einen Mitgliedsausweis der herrschenden ZANU-Partei vorlegen können. Dies ist die Vorstufe zu einem gezielten Völkermord an Oppositionsanhängern und Andersdenkenden.

Auch anderweitig versinkt die früher hinter Südafrika stärkste Volkswirtschaft Subsahara-Afrikas in Chaos und Elend. Die Arbeitslosenquote beträgt bis zu 80 Prozent. Die Inflationsrate wird in 2003 bis auf 500 Prozent steigen. Ausländische Beteiligungen sind um 80 Prozent, Bergwerksaktivitäten um 60 Prozent gefallen. Die Einnahmen aus den Hauptwirtschaftszweigen Tabak und Tourismus sind um 75 bzw. 85 Prozent zurückgegangen. Das von Mugabes Regierungsclique ausgeplünderte Simbabwe ist international zahlungsunfähig.

Alleine die südafrikanische Regierung hätte nach allgemeiner Auffassung die Macht, Präsident Mugabe zum Einlenken zu bewegen oder sogar einen Regie-

rungswechsel herbeizuführen. Aber Südafrikas Präsident Thabo Mbeki hat sich trotz aller Bekenntnisse zu Menschenrechten, Demokratie und den ambitiösen Zielen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) immer noch nicht zum Einschreiten gegenüber Simbabwe durchringen können. Dabei haben er und die internationale Staatengemeinschaft mittlerweile realisieren müssen, dass der von ihm lange propagierte „Weg der stillen Diplomatie" gegenüber Mugabe keinen Erfolg gebracht hat. Thabo Mbekis Position ist deshalb besonders zu hinterfragen, da das Überleben von Simbabwes Terrorregime nur noch von der Unterstützung der südafrikanischen Regierung abhängt. Ausschließlich Südafrika stellt Simbabwe Treibstoff, Energie und Kredite zur Verfügung. Für den Fall der Einstellung dieser Hilfen sagen Landeskenner den Kollaps von Mugabes Terrorherrschaft innerhalb von einer Woche voraus. Die Situation verkompliziert sich weiterhin durch Unterstützungsbekundungen für Robert Mugabe von Seiten des namibischen Präsidenten Sam Nujoma und die Befürchtung, eine fortschreitende Krise in Simbabwe könnte die gesamte Region des südlichen Afrikas destabilisieren.

Seit Beginn der verhängnisvollen Politik Präsident Robert Mugabes im Jahre 2000 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zahlreiche Appelle zum Einschreiten an Bundesregierung und internationale Staatengemeinschaft gerichtet. Trotzdem reagierte man erst spät mit Sanktionen. Bundesregierung und internationale Staatengemeinschaft müssen in der gegenwärtigen Krisensituation noch schneller und konsequenter handeln, um eine das Leben von Millionen Simbabwern bedrohende Katastrophe zu verhindern.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung nachdrücklich dazu auf,

– die Sanktionen der EU gegen Robert Mugabes Regime nicht nur zu verlängern, sondern zusätzlich zu verschärfen. Die Bundesregierung muss sich im Vorfeld der anstehenden Entscheidung über neue Sanktionen intensiv um ein geschlossenes Handeln aller EU-Partnerstaaten bemühen;
– sich als VN-Sicherheitsratsmitglied dafür einzusetzen, die Simbabwe-Krise im Sicherheitsrat auf die Tagesordnung zu setzen;
– den politischen Druck auf die südafrikanische Regierung massiv zu erhöhen und auf einer sofortigen Einstellung der Unterstützungsleistungen für Simbabwes Regierung zu bestehen;
– für den Fall weiterer südafrikanischer Hilfestellung für Robert Mugabes Regime die Unterstützung von NEPAD durch die G8-Staaten in Frage zu stellen.

Berlin, den 28. Januar 2003

**Dr. Christian Ruck**
**Dr. Friedbert Pflüger**
**Hermann Gröhe**
**Rudolf Kraus**
**Klaus Brähmig**
**Dr. Ralf Brauksiepe**
**Rainer Eppelmann**
**Hartwig Fischer (Göttingen)**
**Norbert Geis**
**Siegfried Helias**
**Dr. Egon Jüttner**
**Jürgen Klimke**
**Conny Mayer (Baiersbronn)**
**Sibylle Pfeiffer**
**Christa Reichard (Dresden)**
**Peter Weiß (Emmendingen)**
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333